

Berlin, 27. Oktober 2014

Herausgeber:

Bundesverband Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e. V.

Am Weidendamm 1A  
10117 Berlin

Telefon 030 590099-570

Telefax 030 590099-519

www.bga.de info@bga.de

Autoren

**Michael Alber**

Geschäftsführer

Volkswirtschaft und Finanzen

michael.alber@bga.de

**Jonah Aettner**

Volkswirtschaft und Finanzen

## Volkswirtschaft und Finanzen Prioritäten zur Investitionsförderung - Impulse für den Mittelstand

Die aktuelle Investitionsschwäche schadet der deutschen Wirtschaft langfristig. Um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der deutschen Wirtschaft zu stärken, ist eine Ausweitung sowohl der öffentlichen als auch der privaten Investitionstätigkeit dringend notwendig. Angesichts sich eintrübender Konjunkturaussichten steigt der wirtschaftspolitische Handlungsbedarf. Der BGA appelliert an die Politik, Impulse zur Belebung der Investitionstätigkeit zu setzen. Der BGA hält folgende Prioritäten dabei für vordringlich:

- **Mehr Raum für Investitionen im öffentlichen Haushalt**

Die Haushaltskonsolidierung als zentrales finanzpolitisches Ziel der Bundesregierung kommt voran. Als Grundlage für wirtschaftliche Prosperität unterstützt der BGA die konsequente Fortsetzung der Konsolidierung, erachtet jedoch trotz der daraus resultierenden begrenzten Mittel eine Ausweitung staatlicher Investitionen für wichtig. Um Handlungsspielräume im Staatshaushalt für investive Impulse zu schaffen, gilt es, die zuletzt stark gestiegenen konsumtiven Ausgaben zurückzufahren und die Investitionsquote zu erhöhen.

- **Verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen**

Voraussetzung für längerfristig angelegte Investitionsplanung der Unternehmen ist eine konsistente und verlässliche Wirtschaftspolitik. Unsicherheiten und politische Risiken hemmen Investitionsentscheidungen. Die Energiewende fördert zwar Investitionen in Erneuerbare Energien, verunsichert jedoch durch unkalkulierbare Kosten Unternehmen und deren Investitionsklima. Daher ist die Politik gefordert, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen und die Entwicklung des Strompreisanstiegs zu begrenzen. Zudem muss der europaweite Emissionshandel als zentrales klimapolitisches Instrument und Taktgeber für künftige Investitionen gestärkt werden. Private Investitionen im Energiesektor benötigen einen klaren und verlässlichen politischen Kurs.

Generell sind die Planungsbedingungen am Wirtschaftsstandort Deutschland zu verbessern. Staatliche Infrastrukturprojekte sehen sich immer wieder mit gesellschaftlicher Kritik konfrontiert. Jahrelange juristische Auseinandersetzungen und mögliche Kostensteigerungen wirken sich auf die private Investitionstätigkeit aus. Die Politik ist gefordert, durch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren verbunden mit einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung einen höheren Akzeptanzgrad in der Bevölkerung für große Investitionsprojekte zu erreichen. Auch bedarf es mehr Wagnis- bzw. Wachstumskapitals für Unternehmensgründungen in Deutschland. Die Unternehmensfinanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen darf nicht durch Überregulierung gefährdet werden.

- **Infrastruktur erhalten und modernisieren**

Die Infrastruktur in Deutschland verschleißt zunehmend. Vor allem im Verkehrsbereich werden eklatante Mängel immer evidenter. Insgesamt besteht ein Finanzierungsbedarf von jährlich 7,2 Milliarden Euro. Eine moderne Infrastruktur bildet jedoch eine wichtige Basis für eine gesamtwirtschaftliche Entfaltung, die allen Wirtschaftszweigen und damit jedem Bürger zugutekommt. Für den Groß- und Außenhandel ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur unerlässlich. Nur so können mithilfe der

Logistik Warenströme reibungslos auf allen Verkehrswegen kostengünstig und effizient innerhalb Deutschlands transportiert werden. Grundsätzlich gilt es, Erhaltungsinvestitionen in der Infrastruktur auszuweiten. Zu einer modernen Infrastruktur gehört auch der Breitbandausbau der Kommunikationsnetze. Nahezu alle Branchen sind auf eine schnelle und stabile Internetversorgung angewiesen. Eine unternehmensnahe Versorgung auch außerhalb von Ballungszentren ist sicherzustellen.

- **Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) stärken**

Der enorme Investitionsbedarf im Infrastrukturbereich einerseits und die Haushaltskonsolidierung andererseits sollten Anlass geben, die Infrastrukturfinanzierung für institutionelle Geldgeber zu öffnen. Angesichts der Niedrigzinsphase sucht Kapital an den Finanzmärkten nach renditebringenden Anlagemöglichkeiten. Dieses Potenzial kann genutzt werden, um die öffentliche Infrastrukturfinanzierung flankieren. Projekte auf Grundlage von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) sind nach Ansicht des BGA ein geeignetes Instrument.

- **Steuerliche Anreize zur energetischen Sanierung und zum bedarfsgerechten Wohnungsbau**

Wohnungsknappheit angesichts des demographischen Wandels und ein Modernisierungsstau spiegeln sich in einem zu niedrigen Wohnungsneubau wider. Bei der energetischen Sanierung könnte gerade die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion einnehmen. Nach Ansicht des BGA sollte der Staat mehr Anreize setzen, um gerade auch die Investitionen im Bausektor zu fördern. So wäre eine Erhöhung der Abschreibung auf 4 Prozent ein wichtiger Schritt, der die allgemeine Bautätigkeit fördert und damit Investitionen im Immobiliensektor attraktiver macht. Die steuerliche Förderung von Gebäudesanierungen sowie die Erhöhung und Ausweitung der KfW-Fördermittel sind weitere Ansatzpunkte.

- **Bildungsinvestitionen gegen den demografischen Wandel**

Bildung ist und bleibt der Wachstumsrohstoff für die Wissensökonomie in Deutschland. Der demographische Wandel birgt für die deutsche Wirtschaft angesichts eines schrumpfenden Arbeitskräftepotenzials erhebliche Herausforderungen. Um den drohenden Fachkräftemangel abzuwenden, gilt es, die vorhandenen Bildungsreserven zu nutzen. Investitionen im Bildungssektor sind daher auf breiter Basis und allen Ebenen unerlässlich.

Die deutsche Wirtschaft ist trotz krisenbedingter Unwägbarkeiten gut aufgestellt. Doch die anhaltende Investitionsschwäche mindert die Wettbewerbsfähigkeit. Die private und öffentliche Investitionstätigkeit muss auf ein höheres Niveau gehoben werden. Mit ihrem hohen Anteil an Wertschöpfung ist die deutsche Volkswirtschaft auf einen modernen Kapitalstock angewiesen, um sich langfristige Wachstumsmöglichkeiten zu erhalten. Die wissensbasierte deutsche Wirtschaft sollte daher dynamisch investieren. Die Politik ist dazu aufgerufen, diesen Prozess durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu mobilisieren und staatliche Investitionen auszuweiten, um die deutsche Wirtschaft längerfristig auf einem höheren Wachstumspfad zu positionieren.